(2) Die Bestimmungen dieser Anordnung gelten nicht für Vorträge auf den Gebieten der Musik, des Theaters u. ä., bei denen Schallplatten bzw. Tonbänder zur Veranschaulichung verwendet werden.

§ 2

Grundsätze

(1) Diskothekveranstaltungen sind Unterhaltungs- und Tanzveranstaltungen, die von Schallplattenunterhaltern mit Tonträgern, wie Schallplatten und Tonbänder, gestaltet werden, durch Vereinigung technischer Musikwiedergabe und Wortdarbietungen geprägt sind und darüber hinaus die Möglichkeit des Einsatzes vielfältiger künstlerischer Mittel zulassen.

(2) Diskothekveranstaltungen sind eine qualitativ neue Veranstaltungsform, die durch ihre Aktivität, Vielfältigkeit, Variabilität und durch ihre Möglichkeiten zur Improvisation geeignet ist, den vielfältigen Bedürfnissen der Werktätigen, besonders der Jugendlichen, nach Unterhaltung gerecht zu werden. Durch die Verbindung von Unterhaltung, Geselligkeit, aktueller Information und Bildung vermag die Diskothekveranstaltung zur Herausbildung niveauller Kultur- und Bildungsbedürfnisse und damit zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten beizutragen.

(3) Die hohe Verantwortlichkeit des Schallplattenunterhalters ist in der gesellschaftlichen und kulturpolitischen Bedeutung der Diskotheken begründet. Er ist Programmleiter, Redakteur und Sprecher zugleich und benötigt dazu ein ausreichendes gesellschaftswissenschaftliches Grundwissen, gute Allgemeinbildung, Fachkenntnisse auf den Gebieten der Musik u. a. Kunstgattungen, der Programmgestaltung und Elektroakustik sowie rhetorische Fähigkeiten.

§ 3

Tonträger

Als Tonträger im Sinne dieser Anordnung sind für Diskothekveranstaltungen zugelassen:

- Schallplatten aus der Produktion des VEB Deutsche Schallplatten,
- Schallplatten aus der Produktion von Schallplattenfirmen der RGW-Mitgliedsländer,
- Schallplatten aus der Produktion von Schallplattenfirmen anderer Länder, die im Einzelhandel in der DDR vertrieben werden,
- bespielte Kassettenbänder, die im Einzelhandel in der DDR vertrieben werden,
- lizenzierte Tonbänder, die von den staatlich zugelassenen Tonstudios in der DDR hergestellt und vertrieben werden,
- eigenbespielte Tonbänder durch Umschnitte von Schallplatten der Marken „Amiga“, „Nova“ und „Eterna“ aus der Produktion des VEB Deutsche Schallplatten nach der Lizenzierung durch die Anstalt zur Wahrung der Aufführungs- und Vervielfältigungsrechte auf dem Gebiet der Musik (im folgenden A WA genannt).

§ 4

Programmgestaltung

(1) Diskothekveranstaltungen sind so zu gestalten, daß die wachsenden und differenzierten Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, nach Tanz- und Unterhaltungsveranstaltungen durch Vielfalt in der Programmgestaltung umfassend und kulturvoll befriedigt sowie die Prinzipien der sozialistischen Kulturpolitik eingehalten werden. Für die Durchführung von Diskothekveranstaltungen für Jugendliche ist die Zusammenarbeit mit den zuständigen Leitungen der FDJ anzustreben.

(2) Für die Programmgestaltung gelten die Bestimmungen der §§ 1 und 2 der Anordnung vom 15. Juni 1964 über die Ausübung von Tanz- und Unterhaltungsmusik (GBl. II Nr. 65 S. 597).

(3) Diskothekveranstaltungen sind den Tanz- und Unterhaltungsveranstaltungen in Räumlichkeiten oder im Freien gleichgesetzt. Sie sind nach der Verordnung vom 26. November 1970 über die Durchführung von Veranstaltungen (GBl. XI 1971 Nr. 10 S. 69) und der Verordnung vom 17. März 1955 über die Wahrung der Aufführungs- und Vervielfältigungsrechte auf dem Gebiete der Musik (GBl. I Nr. 37 S. 313; Ber. Nr. 43 S. 364) erlaubnis- bzw. anmeldspflichtig.

§ 5

Schallplattenunterhalter

(1) Schallplattenunterhalter in frei- oder nebenberuflicher Tätigkeit bedürfen einer Zulassung nach der Anordnung vom 21. Juni 1971 über die Zulassung von frei- und nebenberuflich tätigen Künstlern auf dem Gebiet der Unterhaltungskunst — Zulassungsordnung Unterhaltungskunst — (Sonderdruck Nr. 708 des Gesetzblattes S. 7). Wird eine Tätigkeit ausschließlich als Schallplattenunterhalter ausgeübt, erfolgt in der Zulassung die Eintragung „Schallplattenunterhalter“.

(2) Schallplattenunterhalter, die als Amateur tätig sind und Anspruch auf Vergütung erheben, bedürfen einer mit Auflagen zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen versehenen Einstufung durch die Räte der Kreise bzw. Bezirke, Abteilung Kultur, wie Amateurtanzmusiker entsprechend der Anordnung über die Vergütung der Tätigkeit von nebenberuflich tätigen Amateurmusikern, Berufsmusikern und Kapellensängern — Vergütungsregelung für Tanz- und Unterhaltungsmusik im Nebenberuf — *.

(3) Für die Vorführung von Tonträgern innerhalb geschlossener Veranstaltungen von Arbeitskollektiven, gesellschaftlichen Organisationen u. a. ist eine Zulassung oder Einstufung gemäß Abs. 1 oder 2 nicht erforderlich.

§ 6

Registrierpflicht

(1) Staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen sowie gastronomische Einrichtungen aller Eigentumsformen, die Diskothekveranstaltungen mit hauseigener Tonträgersammlung und Wiedergabetechnik durchführen, sind verpflichtet, diesen Bestand bei dem zuständigen Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur, registrieren zu lassen.

(2) Schallplattenunterhalter gemäß § 5 Abs. 1, die ihre Tätigkeit mit eigenem Bestand an Tonträgern und Wiedergabetechnik ausüben wollen, haben dessen Registrierung bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur, zu beantragen. Schallplattenunterhalter gemäß § 5 Abs. 2 beantragen ihre Registrierung beim zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Kultur. Sie erhalten in ihrer Zulassung bzw. Einstufung den Vermerk „Schallplattenunterhalter mit Eigenbestand an Tonträgern und Wiedergabetechnik“.

(3) Kopien der Registrierungen gemäß den Absätzen 1 und 2 sind durch die Räte der Bezirke, Abteilung Kultur, der Generaldirektion der AWA zu übermitteln.

(4) Der Schallplattenhandel ist verpflichtet, die Einrichtungen und Schallplattenunterhalter gemäß den Absätzen 1 und 2 über seine in den Bezirken eingerichteten Disko-Läden bevorzugt und kontinuierlich mit den aktuellen Schallplattenproduktionen des VEB Deutsche Schallplatten zu beliefern.

§ 7

Vergütung und Entschädigung

(1) Schallplattenunterhalter, die im Besitz einer staatlichen Zulassung sind, werden nach den Vergütungssätzen der Anlage honoriert. Diese Vergütungen und die gemäß den Absätzen 3 und 4 zu zahlenden Entschädigungen werden als Einkünfte aus steuerbegünstigter freiberuflicher Tätigkeit mit 20 % besteuert.*

* Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur“.